



# INSIDER

AUSGABE 2 · 12. JANUAR 2018

## KOMMENTAR

### »ZWEI SICHTWEISEN AUF DIE GROKO«

#### GroKo-Parteien liefern schwaches Sondierungspapier

Von Alice Greschkow

Das Sondierungspapier, welches heute morgen von der Union und der SPD veröffentlicht wurde, könnte für alle potenziellen Koalitionspartner zum Genickbruch werden. Es ist an sich kein schlechtes Papier – viel Europa, ein bisschen Klima, eine härtere Linie bei der Zuwanderung. Das sind Themen, die viele Bürger tatsächlich umtreiben, aber das Problem dabei: Es handelt sich um ein »Weiter-So«-Papier mit wenig Innovation. Der technokratische Ansatz beinhaltet weder große sozialdemokratische noch christdemokratische Projekte, geschweige denn eine Vision. Lediglich die CSU hat eines ihrer Themen durchgesetzt, aber es funktioniert nicht als langfristiges Gesamtkonzept. Eine Art Obergrenze und Residenzpflicht in Ankunfts- und Rückführungsstationen, gegen die sich die SPD zuvor gewehrt hatte, sind im Sondierungspapier festgeschrieben. Man würde erwarten, dass bei guten Verhandlungen ein großes soziales Projekt im Gegenzug platziert worden wäre oder dass die SPD sich der Digitalisierung im Zuge des Themas Arbeit 4.0 (man war ja mal eine Arbeiterpartei) annehmen würde – dem ist leider nicht so.

Natürlich könnte man in eine große Koalition gehen, natürlich könnte man weiterregieren und eine stabile Regierung vor allem im Ausland präsentieren, aber die CDU und SPD werden mutlos und müde wirken, wenn sie sich für diese Zwecke entscheiden sollten. Die Räume, um die Bürger tatsächlich zu begeistern oder zumindest zu überzeugen, sind nicht gegeben. Sollte diese Große Koalition kommen, wird das Land stabil laufen – vielleicht reicht dies vielen Bürgern auch – aber man wird langfristig stagnieren. Und ob das wirklich gut für das Land ist, wage ich zu bezweifeln.

#### Sondierungspapier ist gute Lösung!

Von Heino Wiese

Anders als meine junge Kollegin bin ich der Meinung, dass die Einigung der potenziellen Koalitionäre eine sehr gute Lösung für die Beendigung einer Hängepartie bedeutet. Eine Hängepartie, die die Handlungsfähigkeit der deutschen Politik infrage stellt. Ich bin auch der Meinung, dass sich eine Reihe von wichtigen Reformen in dem Papier finden. Keine visionären Veränderungen, aber Verbesserungen. Ich hätte mir umfassendere Vorstellungen zur Dritte-Welt- und Entwicklungshilfepolitik gewünscht sowie weitere Überlegungen zur Friedens- und Entspannungspolitik. Aber ich weiß eben auch, dass nicht alle meine Wünsche erfüllt werden können. Ich verstehe aber auch die Jusos, die mehr sozialdemokratisches Profil erwartet hätten, genauso wie CSU-Mitglieder, denen die konservative Komponente nicht hinreichend berücksichtigt wurde. Mein Tipp an die SPD ist: Freut Euch über die kleinen Fortschritte in der neuen GroKo und unterstützt die Minister der SPD bei ihrer schweren Arbeit. Fangt mit der Erneuerung der Partei so bald wie möglich an und entwickelt mit Martin Schulz und Lars Klingbeil ein neues Zukunftsprogramm, diskutiert es breit in den Gliederungen und mit den Bürgerinnen und Bürgern. Dann gibt es nach der nächsten Bundestagswahl wahrscheinlich auch eine Mehrheit, die mehr sozialdemokratische Programmatik umsetzen kann als die GroKo!

## BUNTES AUS BERLIN

### DER ROTE GOTT - VERNISSAGE ZU STALIN IN DER GEDENKSTÄTTE BERLIN-HOHENSCHÖNHAUSEN

Er gehört zu den schlimmsten Massenmördern der Geschichte, doch in der DDR wurde er als »größter Genius unserer Epoche« vergöttert: der sowjetische Partei- und Regierungschef Josef Stalin.

Die Sonderausstellung in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Genslerstraße 66, 13055 Berlin) widmet sich erstmals dem Personenkult um den sowjetischen Diktator in der frühen DDR. Massenaufmärsche, Stalin-Denkmäler und überlebensgroße Porträts des Diktators an den Hauswänden bildeten die Instrumente einer zentral orchestrierten Propaganda.

Industriebetriebe, zahlreiche Straßen und eine ganze Stadt trugen Stalins Namen. Berlins Mitte sollte zugunsten von stalinistischen Prachtbauten und Aufmarschplätzen abgerissen werden.

Die Ausstellung dauert vom 26. Januar bis zum 30. Juni und präsentiert eine Fülle seltener Objekte, Filme und Fotografien des Stalin-Kultes. Der Propaganda wird die brutale Gewalt entgegengestellt, die im Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen symbolisch ihren Ausdruck fand. Die Vernissage für diese Ausstellung findet am 26. Januar um 18 Uhr statt.

## IMPRESSUM

Herausgeber: **WIESE CONSULT GmbH**  
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin  
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29  
redaktion@hauptstadt-insider.de ·  
www.wiese-consult.com  
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B  
USt-IdNr.: DE259602002  
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow  
Telefon 030.810588813  
Druck u. Verlag: Hauptstadt Insider c/o Wiese Consult GmbH, Behrenstraße 73, 10117 Berlin  
Satz, Layout: Alice Greschkow, Jenny Bogitzky, Wiese Consult erscheint seit März 2007  
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de

### TREFFEN ZWISCHEN NORD- UND SÜDKOREA: EIN GUTES ZEICHEN!



Von Omid Nouripour, Sprecher für Außenpolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag

Es ist ein gutes Zeichen, dass sich heute nach zweijähriger Pause hochrangige Vertreter aus Nord- und Südkorea getroffen haben. Der südkoreanische Präsident Moon Jae-In liegt richtig, sich nicht auf

Trumps Logik von Drohung und Gegendrohung einzulassen. Der Beschluss Südkoreas und der USA, die gemeinsamen militärischen Übungen bis nach den olympischen Spielen auszusetzen, ist sicherlich ein wichtiges Signal der Entspannung. Es ist noch nicht ausgeschlossen, dass für Nordkorea die Gespräche ein Feigenblatt sind, um mehr Zeit für neue Tests zu gewinnen. Eine schnelle Lösung des Nuklearkonflikts ist also nicht zu erwarten. Aber in den Beziehungen zwischen den beiden Koreas geht es um mehr als den nuklearen Streit. Es geht um eine wirtschaftliche Perspektive für die notleidende nordkoreanische Bevölkerung, um die Zusammenführung von Familien und eine Geste der Versöhnung am Beginn der olympischen Spiele. Gerade deshalb sollten Europa und Deutschland die Gesprächsbereitschaft der südkoreanischen Regierung begrüßen und unterstützen.

### BAUERNVERBAND WILL 70 PROZENT DER WILDSCHWEINE TÖTEN

Der Bauernverband fordert den Abschluss von 70 Prozent der Wildschweine in Deutschland. Die Afrikanische Schweinepest nähert sich Deutschland – sie kommt über Russland und das Baltikum stetig näher an Westeuropa. Auch Frischlinge und Muttertiere sollen abgeschossen werden. Die Forderung rührt daher, dass es keinen Impfstoff gegen die Krankheit gibt, diese

allerdings fast immer tödlich verläuft. Sie ist für Menschen zwar nicht ansteckend, jedoch befürchten die Experten im Bauernverband, dass durch Wildschweine landwirtschaftliche Unternehmen im Bereich der Schweinezucht existenziell bedroht sein könnten, sollte sich die Schweinepest ausbreiten. Der Sektor könnte Milliarden einbüßen erfahren.

### RUSSEN HABEN MEHR ANGST VOR DEN DEUTSCHEN ALS VOR DEM ISLAMISCHEN STAAT

Eine neue Studie des Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum zeigt, dass zwei Dritten der Russen davon überzeugt sind, klare Feinde zu haben. Ein Viertel befürchtet sogar von Feinden umzingelt zu sein. Als größten Feind betrachten die Russen die USA (68 Prozent), 2012 nannten weniger Personen die USA als Gefahr, nämlich 56 Prozent.

Nach den USA folgt die Ukraine (29 Prozent) und die Europäische Union (14 Prozent). Innerhalb der EU sind vor allem

Polen (neun Prozent), Großbritannien und Deutschland (jeweils sechs Prozent) potenzielle Gefahren in der russischen Wahrnehmung.

Lediglich fünf Prozent betrachten den Islamischen Staat als feindselig gegenüber Russland. Die Ängste bestehen jedoch auf beiden Seiten: in einer repräsentativen Umfrage der Huffington Post gab 49 Prozent der Befragten aus Deutschland an, Angst vor Russland zu haben. In den USA teilten 64 Prozent diese Meinung.

### GRÜNE BESTÄTIGEN FRAKTIONSVORSITZENDE

Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter wurden als Fraktionsvorsitzende auf der zweitägigen Klausurtagung bestätigt. Brita Haßelmann bleiben ebenfalls in ihrem Posten als parlamentarische Geschäftsführerin.

Göring-Eckardt verbesserte ihr Ergebnis leicht und gewann 67,7 Prozent der Stimmen, Hofreiter hingegen verschlechterte sein Ergebnis. Während er 2013 80 Prozent holte, erhielt er nun 66,1 Prozent. Er zeigte sich jedoch kämpferisch und beton-

te, man wolle in der Opposition energisch die linke Mitte vertreten.

Die Grünen wählen Ende des Monats einen neuen Parteivorsitz. Die bisherige Doppelspitze aus Cem Özdemir und Simone Peters wird nicht mehr antreten. An einer Kandidatur für das Amt haben bereits der schleswig-holsteinische Umweltminister Robert Habeck, die brandenburgische Bundestagsabgeordnete Annalena Baerbock sowie die niedersächsische Fraktionspitze Anja Piel Interesse bekundet.

## WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

## US-AMERIKA: HANDELSDEFIZIT ZU CHINA WÄCHST WEITER

Trotz der harschen Kritik von Donald Trump an den Handelsbeziehungen zwischen den USA und China, die er wiederholt als »unfair« bezeichnete, ist das Handelsdefizit gewachsen.

Der Überschuss Chinas im Handel mit den Vereinigten Staaten wuchs um ungefähr neun Prozent auf knapp 278 Milliarden Dollar. Obwohl erwartet wurde, dass Chinas Wirtschaft stracheln würde aufgrund der Vermögensblasen, ist die Gesamtbilanz für das vergangene Jahr für China besser aus-

gefallen als erwartet.

Das Wirtschaftswachstum wird sich laut Ministerpräsident Li Keqiang auf 6,9 Prozent belaufen.

Derweilen besteht der Missmut über das Handelsdefizit nicht nur in den USA. Auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron forderte während seines Staatsbesuchs in China Maßnahmen, um das Handelsdefizit zu reduzieren. Darunter auch einen verbesserten Zugang für europäische Unternehmen.

## ALITALIA UNATTRAKTIV FÜR LUFTHANSA

Die Lufthansa hat kein Interesse mehr am Kauf der insolventen italienischen Airline Alitalia. Die starken Gewerkschaften und der große politische Einfluss würden die Fluggesellschaft kaum sanierbar machen. Lufthansa-Vorstandschef Carsten Spohr betonte jedoch, dass Alitalia nicht attraktiv sei, solange die Unternehmensstruktur nicht fokussierter und reduzierter gestaltet werden könne.

Branchenexperten zufolge könne eine Sanierung bis zu anderthalb Jahren dauern,

der italienische Verkehrsminister, Graziano Delrio, wolle die Airline jedoch noch vor den Parlamentswahlen Anfang März in neuen Händen sehen. Alitalia ging im Frühjahr 2017 in die Insolvenz und wird seitdem durch einen staatlichen Überbrückungskredit in Höhe von 900 Millionen Euro in Betrieb gehalten.

Neben der Lufthansa hatten auch der Billigflieger Easyjet und Finanzinvestor Cerberus Interesse am Kauf von Alitalia bekundet.

## RUSSISCHER AUTOMARKT ERHOLT SICH WIEDER

Zum ersten Mal seit Jahren erholt sich der russische Automobilmarkt. Der Absatz steigerte sich um 12 Prozent im vergangenen Jahr – dies macht Russland zum fünfgrößten Automarkt Europas.

2017 wurden 1,6 Millionen Neuwagen insgesamt in Russland verkauft. Damit ist man zwar noch weit entfernt vom Absatz vor den Sanktionen, man würde sich jedoch in eine gute Richtung entwickeln, erklärte Jörg Schreiber, Autoexperte der

Vereinigung Europäischer Unternehmen.

2012 lag der Absatz noch bei 2,9 Millionen Fahrzeugen, 2016 waren es nur noch 1,4 Millionen.

Mit einem Anteil von 20 Prozent ist der Marktführer auf dem Automobilmarkt in Russland die heimische Marke Lada, aber auch internationale Player hoffen auf eine gute Entwicklung in Russland: der deutsche Autobauer Daimler eröffnet 2019 ein Werk im Land.

## SONDIERUNGSERGEBNISSE OHNE EINFLUSS AUF DIE BÖRSE

Trotz der kritischen Stimmen, die aus der Wirtschaft zum Steuerkonzept im Sondierungspapier der Union und SPD geäußert wurden, bleiben die Anleger unbeeindruckt.

Der Dax-Leitindex legte um 0,13 Prozent zu und auch der Euro gewann wieder an Wert. Die Bekenntnisse zur Stärkung der Europäischen Union werden als gutes Zeichen gewertet.

## PERSONALIEN

## SCHULZ-BERATER ENGELS ZIEHT SICH ZURÜCK

Markus Engels, 50, Berater und Chefstrategie des SPD-Parteivorsitzenden Martin Schulz, zieht sich laut Medienberichten von seinen Ämtern zurück. Künftig wolle er außerhalb des politischen Bereichs tätig werden. Engels hatte im vergangenen Jahr zeitweise den Bundestagswahlkampf der SPD gesteuert. Er war bereits zu dessen Zeit als EU-Parlamentspräsident Pressesprecher von Martin Schulz und gilt als engster Vertrauter.

## DÜNOW HÖRT ALS SPD-SPRECHER AUF

Tobias Dünow, bislang Sprecher des SPD-Vorsitzenden Martin Schulz, verlässt Ende Januar das Willy-Brandt-Haus. Das gab die SPD am 3. Januar bekannt. Dünow hatte die Position seit 2016 inne. Neuer Sprecher des SPD-Parteivorstands und des SPD-Vorsitzenden Martin Schulz sowie Leiter Strategische Kommunikation ist Serkan Agci.

## VON MANNSTEIN SCHLIESST NACH 50 JAHREN SEINE AGENTUR

Coordt von Mannstein, 80, hat zum Jahresende 2017 seine Agentur nach 50 Jahren geschlossen. Seine 1968 gegründete Agentur war seit dem Bundestagswahlkampf 1976 vor allem für Parteienwerbung bekannt. So betreute von Mannstein die Bundestagswahlkämpfe von Helmut Kohl sowie zahlreiche weitere Kampagnen der CDU auf Landes- und Europaebene. 1972 entwarf von Mannstein das offizielle Emblem der Olympischen Spiele in München.

## AUS DEN MINISTERIEN

## BMW DEBATTIERT IN ABU DHABI ÜBER ERNEUERBARE ENERGIEN

Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Rainer Baake, leitet die deutsche Delegation bei der derzeit stattfindenden achten Versammlung der Mitglieder der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA) in Abu Dhabi, Vereinigte Arabische Emirate (VAE).

»Erneuerbare Energien sind der Schlüssel zur Erreichung unserer langfristigen Klimaziele, und zwar sektorübergreifend, das heißt auch im Verkehrs- und Gebäudebereich. Erneuerbare brauchen einen stabilen Rechtsrahmen, dann kommen die Investitionen auch aus der Privatwirtschaft. Die IRENA spielt eine große Rolle bei der Unterstützung der globalen Energiewende. In Ländern wie China geht es nicht nur um Klimaschutz, sondern auch um Luftreinhaltung«, unterstrich Staatssekretär Baake.

## WORTE DER WOCHE

»Absolut alles, was in meinem Buch steht, ist wahr. Ich habe Zeugen, ich habe Aufnahmen.«

Der Autor des Buches »Fire and Fury«, Michael Wolff, über sein Werk.

»Wir müssen auf Rechtsstaatlichkeit pochen, wir müssen auf Gewaltenteilung pochen, wir müssen auf Pressefreiheit pochen.«

Jean-Claude Juncker, EU-Kommissionspräsident in Bezug auf die aktuelle Situation in Polen.

»Wir haben es nicht mehr mit einem Streit darüber zu tun, wie Europa aussehen soll, sondern, ob Polen weiter Teil davon sein soll.«

Donald Tusk, EU-Ratspräsident und polnischer Ex-Ministerpräsident.

»Sie müssen damit rechnen, dass ich noch mal antrete.«

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann über eine mögliche Kandidatur für eine dritte Amtszeit.

»Ich kämpfe darum, Donald Trump aus dem Amt zu entfernen und Donald Trump von der Macht zu entfernen.«

Tom Steyer, Ex-Hedgefondsmanager und Umweltaktivist unterstützt die Demokraten mit 30 Millionen Dollar.

»Heute hat Europa keine einheitliche Haltung zu China. Das ist nicht Chinas Fehler.«

Emmanuel Macron, Präsident Frankreichs.

»Ich glaube, dass die europäische Solidarität ein Thema sein wird. Das heißt, Ungarn und Polen werden sich ein wenig anschauen müssen, wie es denn weitergeht mit dem europäischen Haushalt.«

Alexander Graf Lambsdorff (FDP) sieht die Stabilisierung der EU als Kernthema der kommenden Jahre.

»Es ist ein Meilenstein auf dem Weg aus der Krise. Alles deutet darauf hin, dass wir auf der Zielgeraden sind.«

Alexis Tsipras, Griechenlands Regierungschef über eine Reihe von Reformmaßnahmen.

»Telekommunikationsunternehmen, die lieber Netze anderer nutzen, blockieren den notwendigen Deregulierungsprozess und schüren Ängste.«

Jürgen Rüttgers, ehemaliger Bundeswirtschaftsminister, fordert einen aggressiveren Breitbandausbau.

## TERMINE

## 14.1. MATINEE ZUM 70. GEBURTSTAG VON GREGOR GYSI

Matinee des Deutschen Theater zum 70. Geburtstag von Gregor Gysi »Zeitgenossen gratulieren«, unter anderen mit dem ehemaligen Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Die Linke, Gregor Gysi. 11 Uhr, Deutsches Theater, Schumannstraße 13a, 10117 Berlin (kostenpflichtig).

## 16.1. DIW ZUR UNGLEICHHEIT IN DEUTSCHLAND

Diskussionsveranstaltung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zum Thema »World Inequality Reports 2018: Entwicklung der Ungleichheit in Deutschland von 1871 bis 2013«, unter anderen mit der DIW-Ökonomin Dr. Charlotte Bartels, dem Co-Direktor des World Inequality Lab, Lucas Chancel und dem Historiker Prof. Hartmut Kaelble. 15 Uhr, DIW Berlin, Mohrenstraße 58, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

## 18.1. BDI ZU KLIMASCHUTZZIELEN DER BUNDESREGIERUNG

Kongress des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) zum Thema »Klimapfade für Deutschland: Studienergebnisse und die politischen Schlussfolgerungen der BDI-Klimaschutzstrategie«, unter anderen mit dem BDI-Präsidenten Prof. Dieter Kempf, dem Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Michael Vassiliadis und der Leiterin des ifo Zentrums für Energie, Klima und erschöpfbare Ressourcen, Prof. Karen Pittel. 10 Uhr, Allianz Forum, Pariser Platz 6, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).